



Dr. Stephanie Bock

Kommunale Zukunft zwischen Stadt und Region: Perspektiven der Regionalisierung

Wie werden unsere Städte in 30 Jahren regiert und organisiert sein? Wird es sie in der heutigen Form noch geben oder werden wir ganz selbstverständlich in Stadtquartieren leben, die in Stadtregionen zusammengeschlossen sind? Kann diese oder eine möglicherweise ganz andere Zukunft vorausschauend in und von den Städten gestaltet werden und wie sehen die Spielräume und möglichen Entwicklungspfade aus? Keine leichten Überlegungen angesichts der bereits heute kaum lösbaren Probleme, denen Städte und Stadtregionen gegenüberstehen, und dennoch wichtige Fragen, die von den Beteiligten des Forschungsverbundes „Stadt 2030“ aufgeworfen und bearbeitet werden.

Der Forschungsverbund „Stadt 2030“

Seit Mai 2001 arbeiten 21 prämierte Projektverbände, gebildet von Kommunen, Planungsbüros und wissenschaftlichen Einrichtungen, im Anschluss an den vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) ausgelobten Ideenwettbewerb „Stadt 2030“ an der Ausformulierung langfristiger Zukunftskonzeptionen und Leitbilder für ihre Stadt und Region.¹ Gefördert wurden und werden im Gesamtforschungsverbund „Stadt 2030“, der vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) wissenschaftlich begleitet wird, Projekte, die eine Vision 2030 als realistische und gleichfalls offene, korrigierbare und in Grenzen zu beeinflussende Zukunftsvorstellung entwickeln.²

Neben seiner Größe (33 Kommunen und über 50 wissenschaftliche Institute) unterscheidet sich der Forschungsverbund „Stadt 2030“ von anderen Programmen der Stadtforschung durch seine besondere Aufgabenstellung. Die teilnehmenden Projekte waren ausdrücklich aufgefordert, Konzeptionen zu entwickeln, die visionären Charakter aufweisen und zugleich als Zielsysteme und Bewertungsrahmen für aktuelle politische Entscheidungen und Einzelplanungen dienen können. Es sollte ein Zukunftsbild der jeweiligen Stadt oder Region gezeichnet werden, auf dessen Basis sich planerische Schritte und politische Verfahren bestimmen lassen, die zur Realisierung dieser Vision erforderlich erscheinen. Möglich war jedoch auch eine kritische Auseinandersetzung mit Leitbildern und Zukunftsmodellen, die ihre Ablehnung nachvollziehbar macht und danach zu neuen Ansätzen strategischer Planung führt. Die Zielperspektive 2030

und die somit notwendige Beschäftigung mit der Zukunft lösten die Themenbearbeitung aus tagespolitischen Sach- und Entscheidungszwängen heraus. Zusammen mit der gleichfalls geforderten Organisation in inter- und transdisziplinären Projektteams und der Erprobung dialogischer Verfahren ergaben und ergeben sich für die beteiligten Praktiker aus Politik und Verwaltung und die Wissenschaftler aus Hochschulen, Forschungsinstituten und Planungsbüros besondere Anforderungen an die Gestaltung des gemeinsamen Projekts, die ungewohnte und unbekanntere Perspektiven eröffnen.

Regionalisierung: Interkommunale und regionale Perspektiven als Thema kommunaler Zukunfterschließung

In Kommunalpolitik und Stadtforschung besteht schon seit Jahren weitgehend Einigkeit in der Einschätzung von Regionalisierungsprozessen als einem zentralen Thema der Stadtentwicklung der kommenden Jahre und Jahrzehnte. Sichtbar wird dies auch im „Leitbild für die Stadt der Zukunft“ des Deutschen Städtetages, in dem die Notwendigkeit einer Verankerung von Stadtregionen hervorgehoben wird. Die Überprüfung und Weiterentwicklung interkommunaler Kooperationsmodelle und -formen bezeichnet dabei ein wichtiges Handlungsfeld. In engem Zusammenhang mit diesem akzeptierten Bedeutungsgewinn der regionalen Ebene stehen die im Forschungsverbund „Stadt 2030“ mit Blick auf die Zukunft der Stadt untersuchten Chancen und Restriktionen interkommunaler Kooperationen sowie die Bearbeitung interkommunal und regional relevanter Fragestellungen. Etwa ein Drittel der beteiligten Projekte konnte der Kategorie Regionalisierung zugeordnet werden, aber auch in einem Großteil der anderen Projektansätze werden Aspekte einer zukünftigen Regionalisierung aufgeworfen und in Teilfragestellungen bearbeitet.

Die Regionalisierungsprojekte Region Braunschweig, Gießen-Wetzlar, Görlitz/Zgorzelec, Karlsruhe, Schkeuditz, Schwalm-Eder-West und Städteregion Ruhr knüpfen in den 18-monatigen Konkretisierungsphasen ihrer Ideenskizzen an ein Verständnis von Regionalisierung an, das diese zunächst als problemlösungsgerechte und somit funktionale Strukturierung eines Gesamttraums begreift: „Regionalisieren heißt, Begriffe und Bilder von Regionen herzustellen und diese mit mehr oder weniger Erfolg in die soziale Kommunikation einzufädeln“ (Hard 1994, S. 54). Die Projekte verlegen den Schwerpunkt ihrer Zukunftsbetrachtungen,

¹ vgl. www.stadt2030.de

² Der Förderzeitraum beläuft sich auf 18 Monate, die ersten Projekte haben im Mai 2001 begonnen, die letzten werden ihre Arbeit im Mai 2004 beendet haben.



Abb. 1: Der Forschungsverbund „Stadt 2030“ (Quelle: difu)

Leitbildformulierungen und Visionen in eine – wenn auch unterschiedlich ausgebildete – interkommunale Dimension. Entweder als einheitlich institutionalisierte Region oder als funktional vernetzte interkommunale Räume definiert, bildet die regionale Ebene den Rahmen für ihre Auseinandersetzung mit den Bedingungen zukünftiger Entwicklungen. Die Festlegung und Ausarbeitung erster interkommunaler Projektansätze liefert weitere Wegmarken für den jeweiligen Weg in die Zukunft.

Übereinstimmend interpretieren die Projekte Regionalisierung als eine von den Kommunen ausgehende Strategie interkommunaler Kooperation, die auf die Inkongruenz von politisch-administrativen Zuständigkeitsbereichen und Funktionsräumen reagieren muss und somit auch territoriale Zuschnitte und Grenzbeziehungen thematisieren und in Frage stellen kann. Im Unterschied zu einer Definition von Regionalisierung als Form dezentralisierter Politik im Sinne einer Deregulierung staatlichen Handelns, die Veränderungen in der politischen Organisation und Steuerung auf regionaler Ebene einbezieht und Regionalisierung im Kontext von „kooperativem Staat“ (vgl. Benz u. a. 1999) und neuen staatlichen Steuerungsformen diskutiert, werden bei einer Betrachtung von Regionalisierung als kommunaler Strategie Möglichkeiten einer regionalen Selbstorganisation und einer Ausweitung von Handlungsmöglichkeiten betont. Nicht weiter verwunderlich, fallen die Antworten auf die Fragen nach den Wechselbeziehungen zwischen Region und Kommune und ihrer zukünftigen Gestaltung doch ganz unterschiedlich aus: Ob sich die neuen Regionen in Konkurrenz zu oder in Arbeitsteilung

mit den Städten entwickeln werden und welche Konsequenzen sich aus einer zukünftigen Regionalisierung für lokale und regionale Demokratie ergeben, bleibt strittig. In der Vielfalt der sich teilweise widersprechenden Antworten finden sich die Positionen aktueller Regionalisierungsdebatten wieder.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen des Forschungsverbundes drei Themenstränge vertiefend bearbeitet:

1. Die Entwicklung kommunal übergreifender und stadtregio­neraler Projekte, die sich auf die Herausforderungen einer nachhaltigen Entwicklung einerseits und den Anforderungen des demographischen Wandels – feststellbar in einer zurückgehenden und gleichzeitig alternden Bevölkerung – andererseits beziehen.
2. Die Ausbildung einer oder mehrerer sich überlagernder regionaler Identitäten: Identität(en) der Stadtregion als kollektiver Akteurin und Identifikation(en) der regionalen Bevölkerung mit ihrer Region.
3. Die politische Organisation und Steuerung interkommunaler Räume zwischen kommunaler und Landesebene.

Stadtregionen als zukünftige Projektebene

Neben einer gestiegenen Bedeutung regionaler Zusammenhänge und Verflechtungen für die alltägliche Lebensorganisation stellen Regionen zunehmend den notwendigen Bezugsrahmen von Politikansätzen dar, die zur Lösung kommunal auftretender, dort aber nicht mehr zu bewältigender Probleme herangezogen werden müssen. Die Entwicklung und Umsetzung von Grenzen überwindenden Aktivitäten sind zwangsweise die Folge. Suburbanisierungsprozesse und ihre Steuerung forcieren zudem die Auseinandersetzung mit regionalen Bezügen, die wiederum in die Erarbeitung von Konzepten zur Entwicklung von Stadtregionen münden. Da sich das Verhältnis von Innen und Außen sowie von Peripherie und Zentrum in Stadtregionen verschiebt, werden vernetzte Regionen als „Möglichkeitsräume“ konzipiert und neue Strategien für den Umgang mit Grenzen entwickelt und verfolgt. Diese nicht neuen Erkenntnisse erfordern angesichts der Anforderungen einer Perspektiverweiterung durch einen Bezug auf den Nachhaltigkeitsdiskurs und zunehmend auch bei der Beschäftigung mit Auswirkungen des demographischen Wandels neue Ansätze einer längerfristigen strategischen Zukunftsgestaltung, die gleichzeitig Perspektiven ihrer Umsetzung aufzeigen kann.

Um wachsenden Suburbanisierungsprozessen, einer zurückgehenden Bevölkerung und der gestiegenen Konkurrenz zwischen



	Integration / Gleichheit	Identität	Regionalisierung
Großstädte > 250.000 Einwohner	Stuttgart München		Karlsruhe
	Bremen Leipzig	Mönchengladbach	Braunschweig Städteregion Ruhr
Mittelstädte 50.000 bis 250.000 Einwohner	Esslingen	Erlangen	
	Saarbrücken	Kiel	Görlitz/Zgorzelec Gießen/Wetzlar
Kleinstädte < 50.000 Einwohner	Dietzenbach	Günzburg	Schkeuditz
		Guben/Gubin Eisenhüttenstadt Beeskow	Schwalm-Eder- West
		wachsend oder konsolidiert	
		schrumpfend oder im Strukturwandel	

Abb. 2: Die Förderstädte im Forschungsverbund

Kernstädten und Umlandgemeinden entgegentreten zu können, wandte sich beispielsweise das Projekt „Gießen-Wetzlar 2030“ offensiv dem Trauma „Stadt Lahn“ zu, der in den 1970er Jahren gescheiterten Kooperation beider Städte, da in dem kleinen Verdichtungsraum in der eher ländlich geprägten Region Mittelhessen die durchaus gegebenen Entwicklungschancen beider Städte Gießen und Wetzlar bisher nur unzureichend genutzt werden konnten.³ Dem Projekt „Gießen-Wetzlar 2030“ gelang es, durch intensive Einbindung der Verwaltungsspitzen beider Städte einerseits und in fachlichen Diskussionen mit den jeweils Verantwortlichen andererseits die gemeinsame und damit bei weitem nicht selbstverständliche Teilnahme an dem Forschungsverbund „Stadt 2030“ für eine zunächst sehr unverbindliche Kontaktaufnahme zu nutzen. Im Verlauf der Förderzeit arbeiteten in themenspezifischen Arbeitsgruppen zu Kultur, Soziales, Stadtentwicklung und Wirtschaft Vertreter beider Kommunen, aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung sowie privaten Organisationen an der Ausformulierung einer interkommunalen Entwicklungsperspektive. Die geförderte Projektarbeit endete mit Vereinbarungen zu weiterführenden Projekten, wie z. B. einem Regionalpark, der sich an den Ufern der Lahn zwischen beiden Städten erstrecken soll, oder dem Aufbau eines stadtreionalen Flächenressourcenmanagements. Die verabschiedeten Bausteine werden dabei nicht als „Plan der

³ vgl. www.giessen-wetzlar-2030.de

Zukunft“ sondern als eine „zukunfts-fähige Planungsstrategie“ mit prioritären Schwerpunkten auf langfristig wichtigen Kooperationen in der Stadtregion verstanden. Auch wenn die Konkretisierung noch weiterer Anstrengungen bedarf und sich die Projekte zunächst auf „weiche“ Themen beschränken, sind die erreichten Dialogprozesse und gemeinsamen Vereinbarungen nicht zu unterschätzende erste Schritte, die, so die Erwartungen, in dauerhaft abgestimmte Vorgehen gemeinsamer stadtreionaler Entwicklung münden können.

Regionale Identität(en) und Stadtlandschaft

Die meisten Stadtregionen verfügen als bisher informelle, zumeist von mehreren sich überschneidenden Akteursnetzen gebildete politische Konstrukte nicht über wahrnehmbare oder eindeutig definierte Grenzen. Entweder sind diese Regionen jüngerer Datums,

gebildet beispielsweise als Reaktion auf neue Förderprogramme, oder ihre Abgrenzungen überlagern sich mit zahlreichen anderen (Naturraum, Kommunen, Länder usw.), sodass nur selten übereinstimmende Bilder der Region vorhanden sind oder gar eine regionale Identität ausgebildet ist (vgl. Schilling, Ploch 1995). Angesichts der Entwicklung von Kooperationen über die jeweiligen kommunalen Grenzen hinweg, greifen die meisten der Regionalisierungsprojekte deshalb in ihren Forschungsfragen das Thema der Grenze und ihrer Bedeutung für die Bildung von Identität auf. Daran anknüpfend wird untersucht, inwieweit Grenzen eine notwendige Voraussetzung kommunaler Kooperation bilden oder eher als Ziel solcher Kooperation zu begreifen sind. Die von einigen Projekten hervorgehobene Notwendigkeit eines einheitlichen „Außenbildes“ wird auf gestiegene Standortkonkurrenzen der Stadtregionen zurückgeführt, die nun herausgefordert sind, „neue“ eigene Bilder, Identitäten und ein Image zu kreieren, um sich voneinander zu unterscheiden und ein eigenständiges wettbewerbsfähiges Profil entwickeln zu können. Gleichzeitig zielen die Ansätze auch auf eine Stärkung einer nach Innen gerichteten regionalen Identität, die Fragen nach der Bedeutung von Partizipation an regionalen Politikprozessen und der Relevanz regionaler Bürgerschaft aufwirft. Hier zeigen sich deutliche Differenzen in der Bewertung der Notwendigkeit und Relevanz einer möglichen Bürgernähe regionaler Institutionen und Organisationen.

Zur bildhaften Konstruktion der Stadtregion wird zumeist auf Kultur- oder Stadtlandschaft als übergreifendes Ordnungssystem



zurückgegriffen. So setzen sich einige Teilprojekte mit Stadtlandschaften als Übergangszonen zwischen bebautem und landschaftlichem Raum auseinander. Da die üblichen Ordnungs- und Wahrnehmungsmuster von Stadt und Land nicht mehr greifen, sollen neue Ordnungsmuster in diesen Räumen entstehen, die bisher durch isoliert geplante Teilräume oder Teilfunktionen einen eher chaotischen Eindruck hinterlassen. Mit dem Rekurs auf „Landschaft“ werden vorhandene Grenzen, z.B. Verwaltungsgrenzen, umgedeutet oder sollen gar überwunden werden. Von der Transformation von Landschaft als „geographische Infrastruktur“ (Städteprojekt Karlsruhe) oder als „Architektur“ der Region (Städteprojekt Braunschweig) wird erwartet, dass sie zukünftige Entwicklungen – von Kernstadt, suburbanem Raum oder Freiraum – steuert.

Werden Stadtlandschaften als Identifikationspotenziale der Stadtregion der Zukunft interpretiert, so können regionale Landschaftsstrukturen zu Impulsen zukünftiger Stadtentwicklung werden. Von den Regionalisierungsprojekten werden vor diesem Hintergrund Projektideen mit einem umfassenden und kulturellen, „regionalistischen Blick“ entwickelt, der sowohl über funktional interpretierte „Verflechtungsräume“ hinausgeht als auch über kommunale Verwaltungsgrenzen hinwegstreift (vgl. Hauser 2003). Diese Veränderungen schlagen sich auch im Wandel der diskutierten Leitbilder nieder. Mit dem Bezug auf das Bild der „Zwischenstadt“, das eine positive Anerkennung und Deutung der gegenseitigen Durchdringung von Stadt und Landschaft beinhaltet und Fragmentierung nicht nur als gegeben und unvermeidbar, sondern auch als Potenzial akzeptiert, wird ein Gegenmodell zum Leitbild der „dezentralen Konzentration“ diskutiert. Eröffnet wird somit eine Konkurrenz der Leitbilder zwischen der traditionellen europäischen Stadt und der Öffnung der Stadt zur Peripherie.

Regionsbildungen zwischen Netzwerken und Institutionalisierungen

Wer eigentlich die Stadtregion ist und wer Entscheidungen in der Stadtregion trifft und trägt, leitet über zur Frage nach den zukünftig relevanten politischen Einheiten. Regionalisierung, interpretiert als Zukunftsperspektive, kann somit auf Überlegungen zu Entwicklungen und einer exemplarischen Umsetzung von Organisations- und Steuerungsmodellen zur Politikformulierung, -legitimation und -implementation in interkommunalen Räumen nicht verzichten. Zumindest in der Fachwelt werden die Notwendigkeit und Vorteile interkommunaler Kooperation von kaum jemandem ernsthaft in Frage gestellt: „Über »die Politik der dritten Ebene« (Bullmann 1994) und über Regionen und Regionalisierung nachzudenken, heißt zugleich, über neue Politikformen und über neue Politikmuster zu reflektieren“ (Rohe 1996, S. 106). Forschung zur Realisierung und Implementation gibt es zwar in Hülle und Fülle, doch gibt man den Beteiligten bei der Überwindung der vor Ort auftretenden Hindernisse kaum konkretere Hilfen für eine Lösung der vorhandenen Blockaden an die Hand.

Welche institutionellen Bedingungen sind Voraussetzung oder müssen geschaffen werden, um eine effizientere Steuerung zukünftiger Stadt- und Regionalentwicklung zu ermöglichen? Dies stellt eine intensiv und kontrovers diskutierte und innerhalb der Projekte auch unterschiedlich beantwortete Frage dar. Trifft es beispielsweise zu, dass die planungs- und politikfähigen kommunalen Gebietskörperschaften, die als Voraussetzung jeder Kommunalpolitik und damit kommunaler Demokratie dienen, neu festzulegen sind, so müssen hieran anschließend Aspekte ihrer Legitimation und der Moderation regionaler Akteursnetze und *Governance*-Modelle reflektiert sowie für die Etablierung zivilgesellschaftlicher Mitwirkungsformen neue Modelle entwickelt werden. Von den Projekten werden somit vorrangig erste Lösungsansätze erarbeitet, die die Frage nach den institutionellen Bedingungen einer effizienteren Steuerung der Stadt- und Regionalentwicklung beantworten sollen.

Zwar ist in den beteiligten Städteprojekten auch die gewissermaßen als Paradigmenstreit zu bezeichnende Auseinandersetzung um das „richtige“ Modell regionaler Organisation zwischen Netz und Territorium zu erkennen, bei weitem deutlicher wird jedoch der Stellenwert der jeweiligen kommunalen und regionalen Rahmenbedingungen. Das in einer Region zustimmend diskutierte und erfolgreich implementierte Modell kann anderenorts den falschen Weg beschreiben und zu weiteren Blockaden führen. So suchen nicht nur die wissenschaftlichen Partner der Städteprojekte Karlsruhe und Schkeuditz die jeweils geeigneten Organisationsmodelle entweder aus der Perspektive einer Kernstadt oder aus der des suburbanen Raums als mögliche Varianten der zukünftigen Entwicklung. Die Überprüfung einer Zukunftsfähigkeit der Kommunen in vernetzten Regionen verfolgen auch die Städteprojekte Gießen-Wetzlar und Schwalm-Eder-West. Mit dem vom Projekt Gießen-Wetzlar aufgegriffenen Modell der französischen Städtegemeinschaft wird sich auf eine Möglichkeit interkommunaler Zusammenarbeit bezogen, die auf dem schwierigen Terrain der Kooperation benachbarter Städte bisher wenig Berücksichtigung fand (vgl. Projektgruppe Stadt+Entwicklung 2003). Dabei wird die Frage nach der Institution Region, zumindest aus kommunaler Perspektive, nicht aufgeworfen.

Auch für die acht beteiligten Städte des Ruhrgebietes, der Städteregion Ruhr, ist Kooperation kein neues Thema. In dieser Region liegen jahrzehntelange Erfahrungen mit erfolgreichen und missglückten Regionsbildungen vor. Keine schien die beteiligten Akteure bisher zu überzeugen, keine war von längerer Dauer. Dennoch setzte das Projekt an der Notwendigkeit einer engeren Abstimmung und möglichen Zusammenarbeit der beteiligten Städte an, mit dem Ziel, zukünftig kommunale oder stadtregionale Nachteile zu verhindern und gemeinsam zu erreichende Vorteile zu sichern.⁴ Das Projekt wählte den Ansatz einer Regionsbildung als Rollenspiel, so könnte überspitzt eines

⁴) vgl. www.ruhr-2030.de



der Projektziele beschrieben werden. Eingelöst wurde die Erwartung an die Vorgabe 2030 als Chance einer doppelten Distanzierung, räumlich von der Stadt zur Region und zeitlich losgelöst vom Tagesgeschäft. Ausgewählte kommunale Akteure wurden in einem experimentellen Raum zu Teilnehmern in einem Spiel um ihre eigene Zukunft. Dort bearbeiteten sie in ungewohnten Rollen alte Konflikte, um neue Lösungen finden zu können. Die Erfüllung regionaler Aufgaben durch kommunale Zusammenarbeit, die Organisation von Interessengruppen und Netzwerken quer zur territorialen Gliederung, ein flexibler und offener Umgang mit den vorhandenen Grenzziehungen – hierfür sollten in einem gemeinsamen Arbeitsprozess erste Ergebnisse ermittelt werden. In einer zweitägigen Konsensbildungskonferenz, die alle Beteiligten in die Zukunft schickte, wurde nach tragfähigen Spielregeln gesucht. Wissenschaftliche Begleitung und Beratung legten im Rahmen der Arbeit alte Blockaden frei und deckten unsichtbare Barrieren auf. So wurde es möglich, sich jenseits aller tagespolitischen Anforderungen näher zu kommen und eine gemeinsame Verantwortung für die Region auszubilden, in der das Eigene und das Gemeinsame, der Eigensinn und die Kooperation keine Gegensätze mehr bilden müssen. Eine Zukunft der Städte in einer regionalen Dimension, die nicht in deren Auflösung in einer Regionalstadt mündet, wurde vor dem Hintergrund intensiver Verhandlungen über den Ausgleich von Vor- und Nachteilen und deren Fixierung in Vertragswerken vorstellbar. Im Juni diesen Jahres schlossen die beteiligten Städte einen stadregionalen Kontrakt, in dem vereinbart wurde, die Städteregion Ruhr als regionalpolitische Praxis fortzuführen und durch kooperative Leitprojekte umzusetzen. Dies kann beispielhaft als ein weiterführender Schritt auch für andere schwerfällige Kooperationen „eigensinniger“ Kommunen herangezogen werden.

Innovationen im kommunalen Alltag benötigen, so vermitteln die Beispiele, Freiräume und Laborsituationen, um neues Handeln zu erproben, dessen Konsequenzen zunächst nicht absehbar sind. Bezogen auf die Perspektiven interkommunaler Zusammenarbeit wurde die Chance ergriffen, Kooperation, die sich häufig nicht von selbst einstellt, zu inszenieren und in einigen Fällen auch als Bestandteil des eigenen Projekts zu evaluieren. Hieraus leiten sich bezogen auf Kooperationen von Städten, ob bilateral oder in einem regionalen Zusammenhang, weiterführende Überlegungen ab. Freiräume für Vertrauensbildung, eine der wichtigen Voraussetzungen erfolgreicher Zusammenarbeit, können, so sind zumindest die bisher vorliegenden Ergebnisse zusammenzufassen, durch die gemeinsame Arbeitszeit jenseits der Tagespolitik zu einem Anwachsen der Kooperation beitragen.

Fazit

Für die politische Institution Kommune eröffnen sich Entwicklungsperspektiven mit der Wahl zwischen ihrer Auflösung in der Regionalstadt einerseits und einer auf konkrete Politikfelder bezogenen Kooperation in Netzwerken andererseits. Ob diese Modelle nach-

einander oder nebeneinander realisiert werden können, ob vernetzte Strukturen nach einer Phase der Vertrauensbildung in eine Institutionalisierung übergehen und welche (entscheidende) Rolle den jeweiligen Rahmenbedingungen zukommt, ist genauer zu analysieren. Organisierte Konsensbildung, regionale Entwicklungsagenturen und Arbeitsgemeinschaften sind nur einige der erprobten Modelle zukünftiger Regionalisierung. Verträge, die den Ausgleich von Lasten und Vorteilen regeln, liefern konkrete Anhaltspunkte für eine zukunftsweisende dauerhafte Kooperation. Welche Folgen sich aus funktional vernetzten, flexiblen Regionen für politische Repräsentanz und für die Beteiligung der Bevölkerung an regionalen Politikprozessen ergeben und welche Modelle vorstellbar sind, sollte nicht auf diese Polarität zwischen Netz und Institution reduziert werden. Die ersten Ergebnisse legen nahe, dass die Perspektive nicht in der Polarisierung, sondern in der zukünftigen Ergänzung und Differenzierung kommunaler und regionaler Aufgaben und Zuständigkeiten liegt. Anregungen liefern Blicke ins benachbarte Ausland, die darüber hinaus gehende Möglichkeiten einer zukünftigen regionalen Organisation aufzeigen. So bietet etwa das in der Schweiz diskutierte Modell der FOCJ (Functional Overlapping Competing Jurisdiction), bei denen bestimmte Aufgaben aus Effizienz- und Kostengründen auf eine Einheit zwischen kommunaler und kantonaler, bzw. zwischen Kanton und Bundesebene übertragen werden können, interessante Diskussionsgrundlagen für die Frage nach einer zukünftigen politischen Organisation von Stadt und Region. Die demokratische Legitimation der neuen Einheiten wird als unproblematisch beschrieben, da die Schaffung einer solchen „Agglomeration“ durch eine Abstimmung der Bürger erfolge (vgl. Scherer, Strauf 2003). Möglichkeiten und Spielräume der Kooperation von Städten auf dem Weg ins Jahr 2030 werden vielfältiger, so dass die notwendigen Diskussionen nicht an Impulsen und Inhalt verlieren werden.

Literatur:

- Benz, Arthur; Fürst, Dietrich; Kilper, Heiderose; Rehfeld, Dieter 1999: Regionalisierung. Theorie – Praxis – Perspektiven, Opladen
- Hauser, Susanne 2003: Landschaft heute, in: Infobrief „Stadt 2030“ 9 / Januar 2003
- Hard, Gerhard 1994: Regionalisierungen, in: Wentz, Martin (Hg.): Region, Frankfurt/New York, S. 53 – 57
- Projektgruppe Stadt+Entwicklung 2003: Neue Modelle der Regionalisierung? Deutsch-Französischer Workshop im Rahmen des Forschungsprojektes Stadt 2030 Gießen-Wetzlar. Dokumentation
- Rohe, Karl 1996: Die Region als Forschungsgegenstand in den Politikwissenschaften, in: Brunn, Gerhard (Hg.): Region und Regionsbildung in Europa: Konzeptionen der Forschung und empirische Befunde, Baden-Baden
- Schilling, Heinz; Ploch, Beatrice (Hg.) 1995: Region. Heimat der individualisierten Gesellschaft, Frankfurt
- Scherer, Roland; Strauf, Simone 2003: Die Entpolitisierung der Agglomerationspolitik. Das Beispiel der Greater Zurich Area, unveröffentlichter Vortrag am Geographentag 2003, Bern

Dr. Stephanie Bock

Wissenschaftliche Mitarbeiterin beim Deutschen Institut für Urbanistik (Difu), Berlin